



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

**Redaktionssatz:** Die neuemal geplante Kampagne ist über, deren Raum ist 200. Für Sonntagsausgaben 20 Pf. für die Ausgabe der sozialdemokratischen Partei Sachsen 20 Pf. für Sonntagsausgaben 20 Pf. für die Ausgabe der sozialdemokratischen Partei Sachsen 20 Pf. für Sonntagsausgaben 20 Pf. für die Ausgabe der sozialdemokratischen Partei Sachsen 20 Pf. für Sonntagsausgaben 20 Pf. für die Ausgabe der sozialdemokratischen Partei Sachsen 20 Pf.

**Belegungspreis:** Bei einer monatlichen Zahlung im vorraus, durch die Post 2,20 RM (ohne Aufschlussabzug). "Arbeiterblatt" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In diesen höheren Gewicht beläuft sich der Aufschluss auf Lieferung der Zeitung über um Verstärkung des Wissenswertes.

**Verlag:** Dresden, Verlagsgelehrte mbH, Dresden, Schloßstraße 20  
Postamt: Dresden-Neustadt, Berliner Platz 17/29. Postleitzahl: Dresden 10 62  
Sprechstunde: Montag, 10-12 Uhr alle Sprechstunde, Dienstag 17-18 Uhr  
Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag 10-12 Uhr juristische Sprechstunde

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 2. Dezember 1930

Nummer 28

# Faschistische Diktatur

## Gewaltherrschaft mit Artikel 48 / Durch Notverordnung 25 Hungergesetze dictiert

### Nur die Kommunistische Partei kämpft gegen den Faschismus!

Berlin, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

**An alle Werktäler wendet sich in ernster Stunde die Kommunistische Partei:**

In den gestrigen Abendstunden verkündete Hindenburg auf Grund des Artikels 48 die neue Notverordnung. Fürwahr, eine Verordnung die das Volk der bisherigen Not der werktätigen Massen verhängt wird. Dieser letzte Alt der Regierungspolitik, den Brünning und Hindenburg mit vollem Einverständnis und der aktiven Hilfe der sozialdemokratischen Führer vollzogen hat, ist der Beginn der faschistischen Diktatur über Deutschland. Nationalsozialistische Sturmabteilungen sind in Bereitschaft, um zum Hunger den Terror zu proklamieren.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Aushebung der Notverordnung bereits gefordert. Sie wird aber nur lassen, wenn sich das Volk zum revolutionären Kampf gegen die drohende Hungerkatastrophe vereinigt und gegen die faschistische Diktatur den schärfsten politischen Massenkampf an allen Fronten eröffnet. Damit die Millionäre leben können, sollt ihr hungern, damit Panzerkreuzer gebaut werden können, sollt ihr Frauen und Kinder im Elend verkommen lassen. Mit Polizeiappellen und härteren Massen (wie Severing sagte) wollen sie gegen euch, die ihr alle Werte habt, ihr kontrastes System gewaltsam aufrecht erhalten. Dieses Attentat gegen eure Klasse gilt es mit den härtesten Mitteln abzuwehren. Ihr kämpft in berechtigter Notwehr gegen die Feinde der Arbeiterklasse. Jetzt gibt es nur noch einen Kampf auf der ganzen Linie.

auch für die Ausbeuterpolitik die Sozialdemokratische Partei keine Verantwortung übernehmen darf."

Die Arbeiter haben oft genug die Erfahrung gemacht, daß die radikalsten Redensarten des „Linien“ nichts wie abgeschminkter Schwund sind.

Auch die Nationalsozialisten, die in ihrem Blättchen, dem „Reichskampf“, nach dem 18. Oktober erklärt, sie seien gegen die Notverordnungen, haben sich offen in die Diktaturfront gegen das Volk eingereiht. So schreibt der Nazi Goebbels im Berliner „Angriff“:

„Der Besuch Brünings bei Hindenburg bedeutet die erste Überleitung der parlamentarischen Erledigung der Brünningschen Steuerpolizei in die offene Diktatur. Es wird vielleicht nur noch Tage dauern, daß Brüning sein Hungergesetz (§ 1 d. Reb.) mit Hilfe des Artikels 48 verkünden wird. Es wird auch die höchste Zeit.“

Die Volksfeinde scharen sich um Brüning und Hindenburg, sie scharen sich um das Programm der kapitalistischen Ausbeuter, gegen das hungrige Volk.

Die Massen marschieren auf gegen den Hunger und den Versuch, mit Hilfe der faschistischen Diktatur den Ausbeutern zu dienen. Morgen, am Tage der Reichstagsöffnung, wird das Hungergesetz aufmarschieren. In Dresden, in Chemnitz, Zittau und anderen südlichen Orten demonstrierten schon in den letzten Tagen die Arbeitslosen.

**Schlüß mit dem Hunger! Wir fordern Arbeit und Brot!**

**Schlüß mit dem Lohnraub! Wir fordern Verbesserung der Arbeitszeit und höheren Lohn!**

**Schlüß mit dem Gehaltstraub! Schlüß mit dem Unterstüzungstraub! Schlüß mit dem Steuerraub! Die Millionäre sollen zahlen!**

**Schlüß mit der faschistischen Diktatur! Nieder mit den Ausbeutern und ihren Knechten!**

**Her mit der Sowjetmacht!**

Das sind Forderungen, unter denen

morgen die Hungermärkte marschieren.

Die Dresden Erwerblosen vertrüben bereits die Polizei von der Stempelstelle, und morgen werden sie von allen Stempelstellen zu einem wichtigen Aufmarsch

## Morgen marschiert die Hungermärkte!

Der Hunger ist in Deutschland das Herrschende. Seit vier Millionen Erwerblosen, dazu ein riesiges Heer von Sozialrentnern, Kriegsopfern, Alten und Schwachen, die mit einzigen Bettelpfennigen ihr Leben fristen müssen. Fast jeder vierte Einwohner der Großstädte ist angewiesen auf die erhabliche Unterstützung. Millionen Arbeiterfamilien vegetieren in unbekreißbaren Elend. Aber nicht nur die Erwerblosen, sondern auch die noch in den Betrieben lebenden Arbeiter und Angestellten werden mit Hungerlöhnen und -gehältern abgeföhrt.

Auf der ganzen Linie geht die herrschende Klasse zum Angriff auf die Löhne und Gehälter vor. Die Löhne der Metallarbeiter in Berlin, in Sachsen, im Wuppertal, in Mitteldänemark, sie werden gefürzt mit Hilfe der staatlichen Schlichter.

Die Löhne der Textilarbeiter, der Bergarbeiter, der Hüttenarbeiter, die Löhne der Tageshauffeure in Dresden, die Gehälter der Angestellten in der sächsischen Metallindustrie und bei den Speditionsfirmen, es gibt keine Gruppe der Arbeiter und Angestellten, die vor der Lohnraub-Offensive verschont bliebe. Dazu kommt, daß seit Jahren die Unterstellungen für die Erwerblosen herabgesetzt, große Massen überhaupt aus der Unterstellung ausgeschaltet werden. Ein Drittel aller Erwerblosen ist ausgesteuert. Die Kriegsopfer sind durch die Rentenabrechnung zu Jährlingen selbst der geringsten Bettelpfennige verauslicht worden. Sie Karren können nur dann einen Arzt aussuchen, wenn sie fähig sind, sich 50 Pf. für den Krankenchein von ihren Hungerpfennigen abzudücken. Das alles, dieser schamlose Feldzug gegen die Massen wird von der herrschenden Klasse durchgeführt, die in Saus und Braus lebt. Aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern an die Beamtenkasse werden auf Hungertour gezeigt. Den unteren Beamtenmassen werden die Gehälter gefürzt. Alle „wohlverdienten Rechte“ sind zum Teufel.

### Das Volk hungert

und die herrschende Klasse zieht aus diesem ungeheuerlichen Massenfeind Kriegerstriebe. Die hohe Bürokratie besicht Kieler gehälter und die Ausbeuter verschieden Millarden ins Ausland. Der Generalangriff gegen das hungrige Volk wird gefördert durch das Diktaturprogramm der Brüning-Regierung, das sowohl von den Sozialdemokraten als auch von den Nationalsozialisten unterstützt wird. Am 18. Oktober sprach die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Brüning das Vertrauen aus. Und jetzt liegt sie dafür, daß das Hungernetzwerk gegen die Werktätigen noch stärker wird.

Dies Braun, der preußische Ministerpräsident, der heute abends im Zirkus des Sehns der Sozialdemokratischen

Partei an den hungrenden Massen rechtfertigen will, erklärte in der öffentlichen Versammlung in Bielefeld:

„Wenn im Reichstag die beruhenden Vertreter des Volkes in dieser schwierigen Zeit verhören, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn eine Regierung pflichtgemäß handelt und auch die Grenzen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit sehr weit ausdehnt.“

Es bestätigt damit, daß die Kommunisten recht hatten, wenn sie erklärten, die Sozialdemokratische Partei würde alles schließen, was die Bourgeoisie zur Stolzierung des Profits für richtig hält. Das ganze Reichstreit der „Linien“ SPD-Preise ist als elender Schwindel entlarvt. Die „Linie“ Preise verlaut, weiterhin die Arbeiter zu betrügen. Das gefährliche Blatt der Plauener SPD, das unter dem ungewohnten Druck der sozialdemokratischen Arbeiter steht, sieht sich gezwungen, zu schreien:

„In Übereinstimmung mit der politischen Willensbildung unserer Kameraden müssen in ihrer Mitgliederversammlung in der letzten Woche sind wir deshalb der Meinung, daß

## auf dem Sternplatz mittags 12 Uhr zur zentralen Kundgebung aufmarschieren!

Es sprechen die Genossen: Renner, Wehner, Siegel, Schneider und Göbel.

In den Nachmittagsstunden werden die Erwerblosen vor die Betriebe marschieren

um im brüderlichen Kampfbündnis mit den noch im Betrieb befindenden Arbeitern zu demonstrieren für die gemeinsame Kampflosungen gegen den Klassenfeind. Die

Kommunistische Partei und die KGD allein führen die Massen zum Kampf. Sie allein zeigen den Ausweg: Klassenkampf gegen den Lohnraub, Massenstreit gegen den Gehaltstraub, Massenstreit gegen den Steueraufschluss.

Kampfbündnis der Arbeiter, der Erwerblosen, der unteren Angestellten und Beamtenmassen mit den werktätigen Mittelschichten und armen Bauern!

Das ist die Antwort auf die faschistische Diktatur, das ist die Antwort an die kapitalistischen Sklavenhalter und ihre faschistischen und sozialfaschistischen Helfershelfer.

Nieder mit der youngdeutschen Elitenverein! Es lebe die einheitliche Kampffront der Millionen Werktätiger gegen den Hunger und die faschistische Diktatur! Es lebe der Kampf um die Sowjetmacht in Deutschland!

**Bericht über den Streik der Tageshauffeure siehe 2. Seite**

### Straßenbahnerstreit in Chemnitz

Chemnitz, 2. Dez. (Eig. Drahtbericht)

Heute früh stellten sich an den Depots bei den Straßenbahnen Massenstreikposten auf. Die Polizei war durch eine große Zahl Beamte aus anderen sächsischen Orten verstärkt worden. Einzelne Polizeiüberfällungen versuchten, die an den Depots angesammelten Massen zu vertreiben. Nach bisher vorliegenden Schätzungen sind nur etwa 10 Wagen ausgeschafft. Die Kümmrigkeitsbeamten der Straßenbahnen, auf die sich der Rat der Stadt Chemnitz verlassen hatte, daß sie Streikarbeitsbeginn würden, haben zum größten Teil die Streikarbeitsarbeit abgelehnt. Der Streik sieht sehr gut. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor und unternahm mehrmals Schüsse auf Pappelatzen.